Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.00 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile 40 Pf., deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 82 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 74. Halle, Freitag, den 13. Februar 1920. Einzelpreis 15 Pfg.

Einberufung der Nationalversammlung.

Zusammentritt am 24. Februar.

Berlin, 13. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hört, beabsichtigt Präsident Fehrenbach die Nationalversammlung zum 24. Februar einzuberufen. Sollte bis dahin das Material zur Auslieferungsfrage nicht so vollständig vorliegen, daß es zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden kann, so wird die Nationalversammlung in der Erledigung der laufenden Aufgaben fortfahren.

Die Kosten der Besatzungstruppen.

Breslau, 13. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kommission des französischen Parlaments hat jetzt endgültig die zur Unterhaltung der Besatzungstruppen und Beamten in den Abstimmungsgebieten für das Jahr 1920 notwendigen Gelder bewilligt. Danach betragen die Kosten für Oberschlesien 500 Millionen Franken, für Ost- und Westpreußen 475 Millionen Franken. Die Abstimmungsauslagen und Kosten betragen daher im gegenwärtigen deutschen Geld rund 7 Milliarden Mark. Nach dem Friedensvertrag muß derjenige Staat die Kosten bezahlen, an den das Abstimmungsgebiet fällt. Oberschlesien wird also in jedem Falle der Leidtragende sein.

Die Lage in der Auslieferungsfrage.

Berlin, 13. Febr. (Eig. Drahtnachricht.) Die Lage in der Auslieferungsfrage ist unverändert. Die Regierung bleibt auf dem von ihr eingenommenen Standpunkt, der klar und fest umrissen ist, stehen. Die in der neutralen Presse aufgetauchten Gerüchte von Abänderungsvorschlägen in bezug auf einzelne Personen der Liste können keinen Einfluß auf die Stellungnahme der deutschen Regierung ausüben. Für die deutsche Gegenliste ist das Material geordnet und bereit. Von diesem Material den geeigneten Gebrauch zu machen, behält sich die Regierung vor, ebenso den dafür geeigneten Augenblick zu bestimmen.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 13. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Unter Anwesenheit zahlreicher Zuhörer eröffnete heute der Vorsitzende pünktlich 9.30 Uhr die Sitzung. Die Tribünen füllen sich erst allmählich. Neuerschienene Zeugen werden vorerst entlassen, darunter Generalleutnant v. Owen. Wie immer befindet sich ein verstärktes Aufgebot von Sicherheitspolizei im Saal. Es wird in den Fall Kobatsch eingetreten, zu dem Helfferich als erster das Wort erhält und ausführt: Es handelt sich hier um die finanziellen persönlichen Interessen Erzbergers. Die Verwendung flüssiger Luft im Bergbau in einer Zeit da (schon 1914) der zur Herstellung des von Kobatsch erfundenen Patents erforderliche Stickstoff außerordentlich rationell und nicht zu Versuchen in solchem Umfange hätte verwendet werden dürfen, war unmöglich. Erzberger habe mit dem Erfinder und einigen Herren ein Komitee gebildet, sodaß ihm zu einem Viertel Beteiligung gesichert war. — Er habe sich außerdem „unlauteren Wettbewerb" sowie „unsaubere finanzielle Handlungen" zu Schulden kommen lassen. Rechtsanwalt Friedländer gab eine längere Gegenerklärung ab des Inhalts, daß auch in diesem Falle wie in allen anderen von der Angeklagtenseite eine Fülle von Verwicklungen zeitlich völlig durcheinander geworfen wurde. Als Zeuge wird Ministerialdirektor Neuhaus vernommen. Er liest zunächst aus den Ministerialakten einige Stellen vor, aus denen sich ergibt, daß die Interessenten Bedenken gegen das neue Kobatsch-Verfahren hatten, weil es nicht ganz durchgeprüft worden sei und dann auch eine wesentliche Belastung für die Industrie dargestellt hätte. Von Helfferich befragt versichert der Zeuge auf Grund seines Aktenstudiums, daß auch nach einigen Jahren das neue Verfahren sich nicht bewährt habe. Reichsfinanzminister Erzberger äußert sich als Zeuge darüber, daß er ein rein humanitäres Interesse an der neuen Erfindung gehabt hätte, insofern als dabei Menschenleben überhaupt nicht mehr in Gefahr gekommen wären. Rein soziales wirtschaftliches Interesse sei bei ihm für seine Handlungen maßgebend gewesen.

Erzbergers neue Mietszinssteuer.

Dresden, 13. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Zur bevorstehenden Vorlage der Reichsregierung über die Erhebung einer Mietszinssteuer durch das Reich hat die sächsische Regierung in Uebereinstimmung mit den übrigen einzelstaatlichen Regierungen sich bei dieser neuen Reichssteuer dafür eingesetzt, daß der durch die Steuer aufgebrachte Anteil in der Hauptsache dem Aufbringungsgebiet zugute kommen soll. Die Steuer soll den Charakter einer Hausrentenzuwachssteuer erhalten und ihre Erträgnisse sollen zu einem erheblichen Teile für die Schaffung neuer Wohnungen verwendet werden.

Bestätigung der Auflösung der A.-Räte in Rußland.

Helsingfors, 13. Febr. (Eig. Drahtnachricht.) Die amtliche Sowjetzeitung „Izwestia" veröffentlicht folgendes Dekret: Die Komitees der Arbeitervertreter, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Industriezentren geschaffen wurden, erwiesen sich entgegen ihrer Bestimmung als die Ursache großer Schäden. Sie haben zur Demoralisation der Arbeiterschaft und zur völligen Zerstörung der feindlichen Einrichtungen geführt. Angesichts dieser Umstände ist die Regierung gezwungen, die Arbeiterräte aufzulösen.

Entlassung von Arbeitern aus der Stendaler Eisenbahnwerkstätte.

WTB. Magdeburg, 13. Februar. Die Eisenbahnhauptwerkstatt Stendal hat 130 Arbeiter entlassen, ihnen für 14 Tage Lohn ausgezahlt und auf ihre weitere Tätigkeit verzichtet.

Deutschlands Vertreter für Argentinien.

Berlin, 13. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Zum neuen deutschen Geschäftsträger in Argentinien ist der Wirkl. Geheime Legationsrat Dr. Holtzhausen in Aussicht genommen, der aus langjähriger Erfahrung die Verhältnisse in Argentinien genau kennt und der argentinischen Regierung genehm sein wird.

Die Schweiz und das Rote Kreuz.

WTB. Bern, 13. Febr. Im Verlaufe der Budgetberatung führte Bundespräsident Motta anläßlich der Besprechungen über die Gewährung eines Kredits von 150 000 Franken an das internationale Rote Kreuz aus, daß dies große schöne Werk seinen Aufgaben nur gerecht werden könne, wenn ihm diese Hilfe gewährt werde und drückte den Wunsch aus, daß das Schweizer Volk eine Subskription zugunsten des Roten Kreuzes eröffne, das „unser Stolz und unser Schutz während des Krieges" war. Diese Subvention sei ein Anlaß, den Dank des Landes zu beweisen.

Neue Drohungen Frankreichs.

Genf, 12. Febr. Havas meldet vom Dienstag abend: Der Alliiertenrat hat eine Herabsetzung der Kohlenlieferungen durch Deutschland abgelehnt. Man wird Deutschland eine angemessene Frist stellen, um die Folgen aus dem Friedensvertrage abzuwenden.

Diese Meldung wird durch die folgende ergänzt: Der Pariser „Temps" schreibt: Nach den Erklärungen des Finanzministers im Kammerausschuß sabotiert die deutsche Arbeiterschaft die Kohlenlieferungen und damit die Erfüllung des Friedensvertrages. Die Alliierten seien auf Vorschlag Frankreichs in Beratungen eingetreten, um gegen die allgemeine Arbeitsunlust in Deutschland Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Der Achtstundentag sei ein Verbrechen in Deutschland, für dessen schnelle Beseitigung man die sozialistische deutsche Regierung als Vollstreckerin des Friedensvertrages haftbar machen müßte.

Hoffnungen des Radikalismus.

Berlin, 13. Febr. Eine Versammlung der revolutionären Obleute Groß-Berlins gemeinsam mit dem Roten Vollzugsrat beschloß die Bildung eines Aktionkomitees in der Auslieferungsfrage. Von den Rednern wurde übereinstimmend mitgeteilt, daß man sich bei Ablehnung der Auslieferungen durch die Regierung Erzberger-Bauer auf die Uebernahme der staatlichen Gewalt in Deutschland vorbereiten müsse.

General v. d. Marwitz über die Auslieferung und die feindlichen Offizierkorps.

Berlin, 13. Februar. General von der Marwitz führt in der „Post" aus: Ich werde mich nicht stellen. Vom Standpunkt unserer Gegner aus betrachtet, ist es mir ganz unverständlich, daß nicht die Offizierkorps oder mindestens die Generalitäten wie ein Mann aufstehen gegen das unerhörte Verlangen ihrer Regierungen. Während des Rückzuges der 5. Armee im Dezember 1918 hatte General Pershing, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen, mein Gegner an der Maas, einen Parlamentär zu mir geschickt, der nach Erledigung seines dienstlichen Auftrages bat, noch einen persönlichen vorbringen zu dürfen. Sein General habe ihn beauftragt, mich besonders grüßen zu lassen und seiner Bewunderung Ausdruck zu geben über die Art der Kampfführung an der Maas und über die Haltung der 5. Armee. Würde er das getan haben, wenn er seinen Gegner verbrecherischer Handlungen für fähig gehalten hätte?

Heeresleitung und Auslieferungsverlangen.

Der Chef der Heeresleitung hat folgendes Fernschreiben an die Oberbefehlshaber der Reichswehrtruppenkommandos und Befehlshaber der Wehrkreiskommandos gerichtet:

„Amtliche Auslieferungsliste enthält 900 Namen, darunter Hindenburg und fast alle großen Heerführer, außerdem noch über 100 ungenannte Truppenkommandeure usw., insgesamt über 1000 Deutsche. Deutsche Regierung hält Auslieferung für unmöglich. Niemanden darf und kann Mitwirkung zugemutet werden. Es bedarf keiner weiteren Kundgebung, daß das deutsche Heer einheitlich auf diesem Standpunkt steht. Heeresleitung wird ihn unter keinen Umständen verlassen.

gez. Reinhardt,
Generalmajor und Chef der Heeresleitung.

Wahllegenden.

Von Dr. Pachnicke.

Man erinnert sich, welche Rolle das Wort eines Prenzlauer Malermeisters im letzten Wahlkampf gespielt hat. Es sollte dahin gelautet haben, daß er, der Demokrat, sich zu 99 Proz. als Sozialdemokrat fühle. Aus den 99 sind 100 Proz. geworden: der betreffende Herr trat zu den Sozialdemokraten über. Jedermann sieht ein, daß es sich hier um einen rein persönlichen Vorgang gehandelt hat, der die grundsätzliche Haltung der Gesamtpartei nicht berührt. Trotzdem schlugen die Gegner Kapital daraus. Fast in jeder Versammlung konnte man hören, der Unterschied zwischen Demokratie und Sozialdemokratie sei gleich Null, wie ja ein Demokrat selbst zugegeben habe: deshalb dürfe kein Bürger und kein Bauer demokratisch wählen.

Jetzt beginnt ein ähnliches Spiel. Schon mehrmals trat mir, insbesondere von deutschvolksparteilicher Seite, die Behauptung entgegen, der demokratische Abgeordnete Prof. Quidde und der frühere Reichsminister Dr. Preuß hätten irgendwo geäußert, daß Demokratie und Sozialdemokratie ungefähr dasselbe seien. Prof. Quidde wurde die Redewendung nachgesagt, kaum ein Strohhalm trenne beide Parteien. Herr Preuß soll der Meinung Ausdruck gegeben haben, beide Parteien gehörten zusammen und gingen zusammen. Ich habe die Echtheit dieser Zitate überall sofort bestritten und der Vermutung Ausdruck gegeben, daß, wenn überhaupt Worte der gedachten Art gefallen sein sollten, sie sich nur auf das verfassungsrechtliche Zusammenwirken bezogen haben könnten, nicht aber auf die wirtschaftliche Seite des Programms. Jeder Kenner der Parteiverhältnisse muß der gleichen Meinung sein, und kein loyaler Gegner kann ihr widersprechen. Aber mit der Loyalität in der Agitation ist es eine eigene Sache. Wir haben hier schon sehr böse Erfahrungen gemacht und machen sie noch täglich. Ist man nicht in der Lage, sofort überzeugende Gegenbeweise vorzulegen, so bleibt der Gegner keck dabei, es sei doch mehr.

Ich zog es deshalb vor, an Herrn Quidde und an Herrn Preuß zu schreiben, und sie um eine Darlegung ihres Standpunktes zu ersuchen. Beide haben geantwortet, und zwar in dem Sinne, der allein erwartet werden konnte. Ich lege die Antworten hiermit der Oeffentlichkeit vor.

Herr Prof. Quidde schreibt: „Die erwähnte Aeußerung oder eine ähnliche habe ich nie getan! Es handelt sich um eine Wandersage. Vor einigen Monaten schon ist sie mir entgegengetreten. Damals aber sollte ein anderer von dem Strohhalm gesprochen haben. Als ich kürzlich in Dortmund war, hat mich ein dortiger Redakteur auf die Sache angeredet. Er hat dann im Dortmunder Tageblatt vom 31. 1. unter dem Titel „Eine faustdicke Lüge der Deutschen Volkspartei" ein energisches Dementi gebracht."

Herr Prof. Preuß erwidert auf die an ihn gerichtete Anfrage:

„Rückhaltlos erkenne ich ein staatskluges Verhalten und ein überaus bedeutungsvolles Verdienst um das Vaterland darin, daß sich die Mehrheits-Sozialdemokratie in der entscheidenden Krise trotz aller Anfeindung von links entschlossen auf den Boden demokratischer Staatsordnung gestellt und damit das Zusammengehen der Verfassungsparteien ermöglicht hat. Die Forderungen der politischen Demokratie sind uns in weitem Umfange mit der Mehrheits-Sozialdemokratie gemeinsam; ja, sie sind größtenteils altes Erbgut, das die Sozialdemokratie erst von der sogenannten bürgerlichen Demokratie übernommen hat. Wir unterscheiden uns von der Sozialdemokratie durch die unbedingte Verwerfung ihres Klassenkampfdogmas, das in seinen Konsequenzen die praktische Entfaltung eines freien demokratischen Staatslebens unterbinden müßte. Wir lehnen die zum Teil aus diesem Klassenkampfdogma sich ergebende doktrinäre Schematisierung an sich berechtigter sozialer Forderungen (z. B. des Achtstundentags) ab. Auch wir wollen eine demokratische Organisation der Arbeit, aber nicht ihre Syndikalisierung. Wir sind für Sozialisierung, soweit sie möglich und im Produktionsinteresse zweckmäßig ist, namentlich für Betriebe von monopolistischem Charakter; aber wir wollen die individuelle Bewegungsfreiheit und fruchtbare Initiative des Privatunternehmens nicht ausschalten, wo sie volkswirtschaftlich nützlich wirkt. Das Ziel demokratischer Sozialpolitik ist nicht die Herabdrückung aller auf ein gleich niedriges Durchschnittsniveau, sondern Verhinderung der volkswirtschaftlich schädlichen Auswüchse kapitalistischen Eigennutzes, möglichste materielle und namentlich auch geistige und moralische Hebung der Masse und Erleichterung des Aufstiegs tüchtiger Individualitäten aus der Masse.

Diese Unterschiede stehen dem von der gegenwärtigen politischen Situation zwingend gebotenen, festen und aufrichtigen Zusammengehen mit der Mehrheitssozialdemokratie in der Koalition nicht im Wege.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200213035/fragment/page=0001

im Gegenteil. In der Hauptsache erklären sich die von uns bekämpften Anschauungen der Sozialdemokratie, vor allem ihr Verbeißen in das Klassenkampfdogma mit seinen Folgen, aus ihrer bisherigen Ausschließung vom Staate, ihrer Entrechtung und Verfolgung; sie werden sich in demselben Maße abmildern, wie die Sozialdemokratie in voller Gleichberechtigung und damit auch voller Verantwortlichkeit an der Staatsleitung beteiligt ist. Sie wiederum in eine einflußlose, aber auch verantwortungslose Opposition drängen zu wollen, ist die denkbar dümmste Politik und viel schädlicher für das Vaterland als für die Sozialdemokratie.

Das dürfte genügen."

Bündiger kann ein Gegenbeweis nicht geführt werden. Findet die Legende trotzdem weitere Verbreitung, so kann es sich nicht mehr um guten Glauben, sondern um eine bewußte Irreführung handeln.

Bei dieser Gelegenheit sei gleich noch ein weiterer Funke ausgetreten, der Unheil anrichten könnte. Die Gegner von rechts, und zwar sowohl die deutschnationalen wie deutschvolksparteilichen, wollen eine demokratisch-sozialdemokratische Gesinnungsgemeinschaft auch daraus herleiten, daß wir der Einführung eines Weltfeiertages am 1. Mai zugestimmt hätten. Man weist dabei auf die von mir in der Nationalversammlung gehaltene Rede hin.

Hier liegt wiederum . . . sagen wir: ein Irrtum vor. Die Vorschrift, daß am 1. Mai gefeiert werden soll, bezieht sich nur auf das Jahr 1919. Die Feier sollte zugleich als eine Volkskundgebung für politisches und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerbunde dienen. Eine endgültige Regelung ist nicht erfolgt: man behielt sie sich nach Friedensschluß und nach Verabschiedung der Verfassung vor.

Vielleicht unterziehen die Parteien der Rechten ihre Agitationsschriften, die den Versammlungsrednern als Quelle dienen, nach der bezeichneten Richtung nunmehr doch einer Korrektur. Jedenfalls tun unsere Redner gut, die obigen Erklärungen ihren Materialien einzuverleiben, um damit den Gegnern auch diese Waffe aus der Hand zu schlagen.

Verleumdertaktik.

Die „Volksstimme", der wir „journalistisches Schmierfinkentum" zum Vorwurf machen mußten, bemüht sich immer noch, aus Schwarz weiß zu machen. Zu welchen schäbigen und schäbigsten Mitteln es dabei greifen muß, ist dem von Hohnmaßen redigierten Blatte gleichgültig. Jetzt vergißt es sich in sinnloser Wut über unsere tatsächlichen Feststellungen soweit, daß es sich an die Seite der inzwischen verurteilten oder der Aburteilung harrenden Kommunisten stellt. Es erinnert an die traurigen Zeiten, in denen die „Saale-Zeitung" gestürmt wurde, in der große Verwüstungen vorgenommen und der Druck des Blattes unmöglich gemacht wurde. Selbst das gibt dem Blatte Anlaß zu neuen Anpöbelungen, zu denen sachlich nicht die geringste Ursache vorliegt. Zum Schmutzwerfen ist solchen dunklen Ehrenmännern, die sich „Tatsachen" aus den Fingern saugen, um besser schimpfen zu können, selbst eine liebevolle Erinnerung der Blutverwandtschaft mit Räubern und Plünderern gut genug. Es ist einfach Revolverjournalistik, die das Blatt pflegt, wenn es auf Grund von „Annahmen" Schimpfkanonaden losläßt. Das hat das edle Organ getan und das kann es auch durch die längsten Ergüsse nicht aus der Welt schaffen. Revolverjournalistik war es auch, wenn das Blatt mit kühner Frechheit meinte, daß ein Teil der Redaktion unsere Erwiderung mißbilligte und daß sie deshalb nicht im lokalen Teil stand. Wiederum nur bloße „Annahme", die für Schimpfkanonaden nur — Revolverjournalisten und journalistischen Schmierfinken genügt! Unser Raum ist uns zu schade, um weitere derartige Beispiele aufzuzählen! Das nicht durch die eigene Intelligenz, sondern durch ganz andere Triebkräfte erhaltene (oder ausgeschaltene?), an die Stelle des „Volksblattes" getretene Blatt wird auch ohnedies die rechte Würdigung finden.

Die christlichen Gewerkschaften Oberschlesiens schwenken zu den Polen ab.

Nachdem die oberschlesischen christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre aus dem deutschen Verbande der christlichen Gewerkschaften ausgeschieden und einige Monate allein für sich geblieben waren, sind sie jetzt, so erfährt die „Voss. Ztg.", zur polnischen Berufsvereinigung abgeschwenkt. Anfang Januar machte der Verband der christlichen Land- und Forstarbeiter den Anfang. Der Verband oberschlesischer christlicher Metall- und Bergarbeiter ist jetzt gefolgt. Der darüber gefaßte Beschluß besagt u. a.:

„In der Erwägung, daß Oberschlesien vielleicht nicht bei Deutschland bleibt, daß ferner die oberschlesischen Gewerkschaften nur durch Zusammenschluß in eine große zentrale Landesorganisation in einem künftigen polnischen Reich Einfluß gewinnen könnten, erklären die christlichen Metall- und Bergarbeiter die Verschmelzung mit der polnischen Berufsvereinigung unter Anerkennung aller bisher erworbenen Rechte der Mitglieder."

Das ist wohl der schwerste Schlag, der der deutschen Zukunft Oberschlesiens versetzt werden konnte.

Pariser Brief.

Von einem Neutralen.

Anfang Februar 1920.

Als Clemenceau sich von der Regierung zurückzog, wünschte er sich zweierlei: Die Ministerbank mit dem Elysee zu vertauschen, Millerand dagegen die Ministerbank zu überlassen. Sein erster Wunsch erfüllte sich nicht, der zweite dagegen derart, daß er, wenn er im Palais Bourbon verblieben wäre, unter denjenigen gestanden hätte, die den ersten Stoß gegen die neue Regierung geführt haben. In den Augen von Clemenceaus Anhängern hat nämlich der neue französische Ministerpräsident einen unverzeihlichen Fehler begangen: er hat sich nicht von Georges Mandel — dem politischen Testamentsvollstrecker des Tigers — in der Wahl seiner Mitarbeiter beraten lassen. Der neue Ministerpräsident Millerand merkte wohl, woher der Wind in Frankreich jetzt wehte, und als er die Regierung bildete, berief er auch jene Männer, die Clemenceaus Niederlage bei der Präsidentenwahl herbeigeführt hatten; er gab ihnen sogar besonders hervorragende Stellungen. Um den nationalen Block hat sich Millerand nicht gekümmert. Dieser Block, das Werk Mandels, war gedacht als wirksames Piedestal für die allmächtige Größe Clemenceaus während der nächsten sieben Jahre, aber er zerbrach in jener Stunde, als das Ergebnis der Präsidentenwahl bekannt wurde. Die nach den Listen des Blocks gewählten Deputierten, die ihren Erfolg dem chauvinistischen Zauberstab der „Union sacrée" verdankten, haben schnell ihre parlamentarische Herkunft vergessen. Sie sind jetzt gänzlich in Anspruch genommen von all den kleinen Manövern und Intrigen der Parteien, kleinen und kleinsten Gruppen, denen sie angehören, und auf sie setzen diese unersättlichen Attivisten ihre ganze Hoffnung. Der französische Deputierte, auf den das „donne mobile" am besten paßt, hat all seine Beteuerungen aus der Zeit der Wahlkampagne vergessen, er denkt nicht mehr an sein Versprechen, nur der Allgemeinheit zu dienen, und nicht einer einzelnen Gruppe oder Person. Ob wieder- oder neugewählt, der französische Deputierte bleibt sich ewig gleich: als Redner oder als Hörer, immer wird er von dem Gedanken beherrscht, irgendeinen Schlag mit persönlicher Spitze zu versetzen, um seinen Namen den Wählermassen in das Gedächtnis zu pflanzen. Leon Daudet hat gar nicht die persönliche Spitze seiner Angriffe in Abrede gestellt, als er den ersten Stoß gegen die neue Regierung versuchte. Dieser Pfeil, herausgezogen aus dem Köcher voller Haß gegen Caillaux und getränkt vom Gift der Spionomanie der „Action française", zielte auf den Minister des Inneren, Steeg, den er im Verdacht hatte, an dem Rachewerk gegen Caillaux nicht weiter teilnehmen zu wollen. Das ist ja die größte Angst der politischen Waisen des Tigers, ihr Hauptgedanke, ihre Hauptfrage, die sie andauernd in Atem hält. In der Kammer gibt es endlose Diskussionen und Interpellationen, nachdem die „neuen Männer" Bescheidenheit im Reden als eine nationale Tugend verkündet hatten. Die persönlichen Zwischenfälle folgen aufeinander, die schlimmsten Beschuldigungen, wie sie unter gehässigen Nachbarn üblich sind, eröffnen und beschließen die Sitzungen, für die sich die Parlamentarier schon etliche Tagungsgelder erhöhen ließen. Heute weisen alle die schwierigen Probleme des Wiederaufbaues in Frankreich nicht einmal auf den Beginn einer Lösung hin. Der Pariser bleibt weiter im Dunkeln, das Brot wird teuer, die Kohlen werden immer seltener, die Züge verkehren immer unregelmäßiger, Tausend von Parisern sind auf der Suche nach Wohnungen, die es nicht gibt, die Waren steigen im Preis — aber der französische Deputierte, sei er rechts- oder linksstehend, ist nur von einem Gedanken beherrscht: den kürzesten Weg vom Parlamentssessel zur Ministerbank zu finden. Dieses Problem beschäftigt ihn dermaßen, daß ihm nur noch Zeit bleibt, seine Tagungsgelder einzukassieren, sowie die Tantiemen der Aufsichtsräte, die ihm mit einem Sitz in ihrer Mitte seine politische Zukunft diskontieren. Die schwerwiegenden Fragen, die die Nöte des französischen Volkes behandeln, erregen nicht einmal jene zahlreichen Männer der leitenden Kreise Frankreichs, die sich während des Krieges und vor den Wahlen in Versprechungen besonders hervortaten. Der französischen Kammer lag es sehr daran, zu erfahren, wie sich die Regierung Millerand zur Caillauxfrage stellt. Sie hat es aber noch nicht für nötig befunden, sich um den sinkenden Frankkurs auf den englischen und amerikanischen Märkten zu kümmern; sie hat sich noch nicht die Frage gestellt, ob die Republik in der Lage sein wird, dieses Jahr mit ihrer Ernte auszukommen, die allen Anzeichen nach auf einer beschränkten bebauten Fläche empfindlich geschmälert sein wird. Und während im alten Palais Bourbon die Stimmen der Chauvinisten sich weiteifernd erheben, erklären sich in St. Denis mehr als zweihunderttausend Arbeiter solidarisch mit der Sowjet-Republik unter Entfaltung der roten Fahne, die die Inschrift: Es lebe die 3. Internationale! trägt. Nachdem sich Clemenceau als Sieger im Kampf gegen die revolutionären Strömungen in Frankreich fühlte, gewinnt diese Demonstration in St. Denis eine besondere Bedeutung. Es war nicht ein einfaches, gut besuchtes Meeting, und auch nicht nur eine gelungene Manifestation. In St. Denis, wo sich den Führern des französischen Sozialismus Hunderttausende von Pariser Arbeitern zugesellten, wurde für die Einführung des Sowjet-Systems demonstriert. Die Reden von Cachin, Longuet, Boncour lassen in dieser Hinsicht keinen Zweifel aufkommen. Gewiß ist Clemenceau am wenigsten befriedigt von der Lage Frankreichs. Er zieht es vor, außer Landes zu gehen, um nicht die Folgen seiner verhängnisvollen Politik mitanzusehen. Das Ziel seiner Reise ist Aegypten. Auch Napoleon ist dort gewesen. An den Ufern des Nils, im Schatten der Pyramiden, beim Anblick der Sphynx, unter der glühenden afrikanischen Sonne — welch eine Fülle herrlicher Photographien für die Nachwelt! Und welches Land wäre geeigneter für einen Tiger als Afrika! — Allein es scheint, als ob das Glück dem Besiegten von Versailles nicht mehr hold wäre. Nachdem schon alle Vorbereitungen getroffen waren, gestattete sich ein Dr. Habdul, ein Schwarzseher, ägyptischer nationaler Parteiführer, an Clemenceau ein Telegramm zu senden, in welchem er ihn bat, seine ägyptische Reise aufzugeben, oder wenn dies nicht möglich sei, sich dann die denkbar kürzeste Zeit im Lande der Pharaonen aufzuhalten, da sein Leben dort in Gefahr wäre. Denn, so meint Dr. Habdul, die Aegypter beschuldigen Clemenceau, gemeinsame Sache mit den Engländern zu machen gegen ägyptische Freiheit und Humanität. Wie unvorsichtig von dem ehemaligen Ministerpräsidenten: er vergaß ganz, den Aegyptern seine Reden zu senden, und überließ es ihnen, den Tiger nun nach seinen Taten zu beurteilen.

Millerand in London.

Paris, 12. Februar. Ministerpräsident Millerand ist gestern abend 6 Uhr in London eingetroffen. Das Programm der Beratungen mit Lloyd George umfaßt fünf Punkte:

1. Antwortnote an Holland wegen Auslieferung des Kaisers
2. Beratung über Maßnahmen wegen Auslieferung der Deutschen und Antwortnote auf die deutschen Noten am 20. und 25 Januar, worin Deutschland erklärte, den Artikel 228 des Versailler Friedens nicht erfüllen zu können.
3. Frieden mit Rußland, und zwar nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Friede. Beratungen über den Frieden zwischen Polen und Rußland.
4. Beratungen über den türkischen Frieden.
5. Lösung der französischen Kohlen- und Valutafrage.

In der Begleitung Millerands befanden sich Foch und General Weygand und der französische Finanzminister. Auch der belgische und der italienische Ministerpräsident sind in London.

Wie die anständigen englischen Soldaten über die Auslieferung urteilen.

Amsterdam, 12. Februar. In der „Daily News" schreibt Militärschriftsteller Generalmajor Sir Frederic Maurice, soweit er feststellen konnte, herrsche unter den britischen Soldaten das Gefühl des Ekels, daß Männer wie Hindenburg, Ludendorff und Kluck, die ihrem Lande in Ehren treu dienten, auf der Liste der Kriegsverbrecher stehen. Das Auslieferungsbegehren hatte in Deutschland einen vollständig berechtigten Entrüstungsausbruch zur Folge. Die Alliierten spielten durch ihre Aktion den Radikalen in Deutschland unmittelbar in die Karten.

So sieht die englische „Justiz" aus.

Gerade zu rechter Zeit wird folgender englischer Richterspruch bekannt:

London, 12. Februar. Vor dem Ehrenbürger-Obergerichtshof erschien gestern ein britischer Matrose, der angeblich am Tage der Schlacht von Scapa Flow in der Trunkenheit einen deutschen Matrosen, namens Kuno Ebersberg des Kreuzers „Frankfurt", ohne jede Veranlassung niedergeschossen hat. Obwohl die Zeugenaussagen keinen Zweifel darüber ließen, daß der Angeklagte schuldig ist, und obwohl die Richter der Jury erklärten, wohl zu bedenken, daß England im Augenblick, wo es von Deutschland die Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen verlange, selbst reine Hände haben müsse, heißt es in ihrem Urteil, daß die Schuld nicht erwiesen sei. Das Urteil wurde mit großem Beifall aufgenommen.

An diesem Urteil, das jedem Rechtsempfinden und jeder Moral Hohn spricht, erkennt man die Gesinnung der Entente und die „Objektivität", mit der sie richtet, wenn Deutsche in Betracht kommen.

Die Einführung der Zwangsarbeit in Rußland.

Die Erklärung des russischen Diktators Trotzki: in der kommunistischen Gesellschaft müßten sich Arbeiter und Bauern dem Arbeitszwange fügen, scheint in die Tat umgesetzt zu werden. Denn nach einem Bericht des „Vorwärts" hat die Moskauer Bezirkskommission zur Bekämpfung von Massenverfäumnissen der Arbeiter folgende Verordnung erlassen:

„Für jede Versäumnis sind Abzüge am Lohn vorzunehmen. Im Falle zweimaligen Nichterscheinens zur Arbeit im Laufe eines Monats ohne genügende Gründe hat die Leitung der Betriebe das Recht, die Arbeiter zu entlassen. Wenn die Versäumnisse Massencharakter annehmen, sind sie als Sabotage anzusehen und die Personen den entsprechenden Behörden zur Ueberweisung in Konzentrationslager zur Leistung von Zwangsarbeit auszuliefern."

Für die Rechte nordschleswigscher Beamten

Der demokratische Abg. Dr. Struve (Kiel) hat vor einigen Wochen in der Landesversammlung nach Maßnahme der Regierung zum Schutze der Rechte der Beamten bei deutsch-dänischen Verhandlungen und nach dem Stand der Abmachungen mit anderen nordwestdeutschen Ländern zwecks Uebernahme nordschleswigscher Beamter gefragt. Darauf ist jetzt aus dem preußischen Staatsministerium folgende Antwort erteilt worden:

Auf eine Anfrage der dänischen Regierung hat sich die preußische Regierung grundsätzlich bereit erklärt, mit der dänischen Regierung über ein zeitweiliges Verbleiben der preußischen Beamten zu verhandeln, falls die dänische Regierung zu einer einheitlichen Regelung aller allgemein die Beamten berührenden Fragen bereit ist. Zu den Vorbesprechungen im Auswärtigen Amt sind Vertreter der nordschleswigschen Beamtenschaft, der Postsekretär Behrens vom deutschen Beamtenbund und der Magistratsassistent Widulski, beide aus Flensburg, zugezogen worden. Ueber die Unterbringung der aus den abzutretenden Gebieten abwandernden Beamten sind gesetzgebrische Maßnahmen des Reiches und Preußens in Vorbereitung, so daß sich Verhandlungen mit den norddeutschen Nachbarländern erübrigen.

Eine ungarische Note an die Entente.

WTB. Paris, 13. Febr. Die ungarische Delegation überreichte am Donnerstag nachmittag dem Sekretariat der Friedenskonferenz eine lange Note mit den Bemerkungen Ungarns zu den Friedensbedingungen der Alliierten. Diese Note wird begleitet von einer Reihe Dokumente, deren Vervollständigung sich die Delegation innerhalb einer Frist von 14 Tagen vorbehält. Die Note besteht auf der Notwendigkeit der Erhaltung des geschichtlichen Ungarns, verlangt Volksabstimmung für die umstrittenen Gebiete und sieht die Sicherung des Schutzes der Minderheit in Siebenbürgen vor. Die ungarische Delegation scheint also die von der Friedenskonferenz getroffenen territorialen Klauseln nicht in Betracht zu ziehen.

Regelung von Donaufragen.

WTB. Budapest, 13. Febr. (Ungar. Korr.-Büro.) Die interalliierte Donaukommission hat in Budapest unter dem Präsidium des Admirals Troubridge eine Konferenz abgehalten. Die Kommission betrachtet als nächste Aufgabe die Sicherung der freien Schiffahrt auf dem ganzen Donaulauf für jeden Staat und jedes Schiff, die Instandhaltung des Donaubeckens werden die Uferstaaten durchführen haben. Die nach Schiffsladungen zu bezahlenden Gebühren werden nicht den Charakter von Zöllen haben, sondern nur den Gegenwert für die Leistungen der Donaukommission darstellen und zur Deckung der Verwaltungskosten dienen.

Deutsches Reich.

Abschied von Memel.

Memel, 12. Febr. Nach einer eindrucksvollen Abschiedsfeier verließen am Mittwoch nachmittag die letzten deutschen Truppen Memel. Bald darauf liefen ein englischer und ein französischer Zerstörer in den Hafen ein. Der Friedensvertrag entscheidet bekanntlich über die zukünftige staatliche Zugehörigkeit Memels nichts, sondern bestimmt nur, daß es an die Alliierten abgetreten wird. Als Oberkommissar der Entente übernimmt nun der französische Brigadegeneral Odry die vorläufige Verwaltung des Gebietes. Seine Ankunft erfolgt am 14. d. M.

Die Abfindung des Großherzogs von Oldenburg.

Oldenburg, 12. Febr. Der Landtag nahm das Gesetz wegen Abfindung des Großherzogs gegen die Stimmen der Sozialdemokratie an. Danach geht der Kronschatz in Staatsbesitz über. Dem Großherzog verbleibt allein das Eutiner Schloß. — Ein Antrag der Unabhängigen, auf Aufhebung des Belagerungszustandes bei der Reichsregierung hinzuwirken, wurde abgelehnt.

Ausland.

Französische Niederlagen in Marokko.

WTB. Amsterdam, 12. Febr. Laut „Telegraaf" meldet die „Morning Post" aus Madrid, daß die französischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200213035/fragment/page=0002